

Die Facetten der Ungleichheit

Armut und Reichtum in der politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Armut und Reichtum bestimmen den Zusammenhalt einer Gesellschaft und ihr demokratisches Miteinander. Die politische Bildung muss sich diesem Thema jenseits der Vermittlung von Zahlen und Fakten widmen. In der Friedrich-Ebert-Stiftung greifen zahlreiche Angebote Fragen der Verteilungsgerechtigkeit auf und verstehen sie als Querschnittsthema. Dabei gilt es insbesondere, die sozialen Dimensionen im Blick zu halten. von Rebecca Demars und Christian Testorf

„Arm und Reich driften auseinander.“ Dieser allenthalben gestellte Befund kann als gesichert gelten. Der jüngste Datenreport 2016 belegt, dass sich die Schere beim monatlichen Gesamteinkommen zwischen 2000 und 2014 weiter geöffnet hat. 2014 verfügten die unteren 20 % der Bevölkerung über 9 % des Gesamteinkommens, während die oberen 20 % am Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte ca. 37 % inne hielten. Auch die Entwicklung des Gini-Koeffizienten, ein Maß zur Beschreibung der Ungleichverteilung von Einkommen, zeigt ein Anwachsen der Einkommensungleichheit in Deutschland zwischen 1992 und 2014, wenngleich über den Zeitverlauf in unterschiedlicher Ausprägung. Bei Menschen, die sich bereits in dem statistisch definierten Bereich unterhalb von 60 % des Haushaltsnettoeinkommens befinden, verfestigt sich die Lage. Gleiches trifft auf den Niedriglohnbereich zu. Ferner gibt es weiterhin Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern (vgl. Datenreport 2016, S. 178 ff.).

Armut wird unterschiedlich empfunden und definiert. Es liegt eine Vielzahl an Indikatoren vor, um die soziale Lage armer Menschen zu beschreiben. Neben der Tatsache, dass vor allem arbeitslose Menschen und Alleinerziehende ein besonderes Armutsrisiko tragen, bestimmt die

fehlende Perspektive, einer Armutslage zu entkommen, das Selbstbild und die Wahrnehmung der eigenen Position in der Gesellschaft. Zudem manifestiert sich eine soziale Lage oftmals über Generationen in einer Familie und in einem sozialen Umfeld oder wird in einem nicht unerheblichen Maße von der regionalen Herkunft geprägt (vgl. Albrecht/Fink/Tiemann 2016). Diese Faktoren bestimmen maßgeblich das politische Bewusstsein der Menschen und damit ihre Bereitschaft zum Engagement in Politik und Gesellschaft. Sie bestimmen zudem, welche gesellschaftlichen Milieus sich an Wahlen und demokratischen Entscheidungsprozessen, ob in plebiszitärer oder repräsentativer Form, beteiligen (vgl. Merkel 2016; Fratzscher 2015).

Ist die Armutslage der Deutschen recht gut erforscht, gibt es auf Seiten des Reichtums erhebliche Wissens- und Forschungslücken. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass über das Vermögen von reichen Deutschen relativ wenig bekannt ist, da sie typischerweise nicht an Befragungen teilnehmen, die den statistischen Erhebungen als Grundlage dienen. Dennoch kann auch an dieser Stelle anhand des Gini-Koeffizienten ermittelt werden, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe Konzentration großer Vermögen in den Händen weniger Personen oder →

Familien aufweist. Signifikante Unterschiede liegen nicht allein zwischen Jung und Alt, sondern gleichfalls zwischen West und Ost. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 übte hingegen in Deutschland auf die Vermögensverteilung nur eine geringe Veränderung aus (vgl. Datenreport 2016, S. 191 ff.).

Armut und Reichtum in der Bildung der FES¹

Gesellschaftliche Debatten über die Armutsentwicklung und Reichtumsverteilung sind ein zentrales Anliegen der politischen Bildung und werden von vielen Bildungsträgern kritisch aufgegriffen. Dabei geht es in der Zeit ubiquitär verfügbaren Wissens über das Internet nicht um die Vermittlung von leicht recherchierbaren Fakten wie etwa einer belanglosen Aneinanderreihung von Zahlen, sondern um Zusammenhänge. Die politische Bildung muss die hinter der Entwicklung liegenden „Strukturelemente des sozialen Geschehens“, jüngst von *Oskar Negt* zusammengefasst, sichtbar machen: die Polarisierung der Gesellschaft, die Flexibilisierung, insbesondere in der Arbeitswelt, sowie die Abkopplung weiter Teile der Gesellschaft vom politischen Leben (vgl. Negt 2016, S. 16 f.).

Die politische Relevanz dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ist ein elementarer Bestandteil der politischen Bildung und des gesamten Angebots der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES). Ausgehend vom Leitbild der Sozialen Demokratie trägt die FES zur Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bei, die als Voraussetzung für eine Gesellschaftsordnung gelten, in der alle Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte einfordern und verwirklichen können und in der gleiche Lebenschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder religiöser Zugehörigkeit ermöglicht werden. Den Wandel der Arbeitswelt hin zu mehr atypischer Beschäftigung und die Rolle Deutschlands als wissensbasierte Ökonomie in einer globalisierten Wirtschaft betrachtet die politische Bildung der FES ausgehend von der Prämisse, dass Märkte nicht sich selbst überlassen werden dürfen (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2011). Dabei bleiben die Grundsätze der Offenheit und der Kontroversität in der politischen Bildung beachtet. Die Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Ursachen und Konsequenzen von Armut und Reichtum in der Demokratie werden in den gesellschaftspolitischen Seminaren und Veranstaltungen der FES aufgegriffen.

¹ Die Autoren danken für die Hinweise und die Unterstützung von Seminarleitern der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Beispiele aus der Praxis des Bildungsangebots der FES für Jugendliche

Gesellschaftspolitische Bildungsformate zur Armuts- und Reichtumsentwicklung führt die FES insbesondere in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen durch. In den Kreativwerkstätten entwickeln Jugendliche Ideen zur sozialen Gerechtigkeit und bringen sie auf musikalische und filmische Art zum Ausdruck. Die FES bietet Planspiele zur Finanzkrise am Beispiel der Entwicklung öffentlicher Haushalte in der EU ebenso an wie das „Demokratielabor“, in

Gesellschaftliche Debatten über die Armutsentwicklung und Reichtumsverteilung sind ein zentrales Anliegen der politischen Bildung und werden von vielen Bildungsträgern kritisch aufgegriffen.

dem am Beispiel von Umverteilungsfragen oder dem Pro und Contra eines bedingungslosen Grundeinkommens Wahlkampagnen entwickelt werden. Auch das Planspiel Globalisierung greift die Fragen einer gerechten Entwicklung von Armut und Reichtum in der Welt auf.

Im Planspiel nehmen die Teilnehmenden die Rollen von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern ein und entwickeln in dem vorgegeben Handlungsrahmen politische Lösungen zu einem klar definierten Problem. Im Planspiel Wirtschaft etwa spielen Schüler/-innen Vertreter/-innen von Banken, Hedgefonds und Parteien eines fiktiven Staates, um anhand dieser Rollen die Mechanismen der internationalen Finanzwirtschaft und ihren Einfluss auf politische Entscheidungen in Nationalstaaten zu erlernen. Sie erhalten zielgerichtete und teils stark polarisierende Rollenprofile mit klar umrissenen Positionen und Argumenten und laufen gerade dadurch nicht Gefahr, mit diesen Meinungen in Verbindung gebracht zu werden. Der Handel von Staatsanleihen und Aktienpaketen sowie die damit verbundenen Restriktionen für die nationalen Entscheidungsspielräume werden im Spiel nachempfunden. Die Bedeutung der Sparpolitik für die Gesellschaft wird den Teilnehmenden unmittelbar vor Augen geführt. Die Jugendlichen verstehen, dass es sich um ein Rollenspiel handelt. Die Identifikation mit der Rolle führt nicht selten

zu einem emotionalen Schlagabtausch und eifrigen Diskussionen, ohne dass die Jugendlichen dabei ihre persönliche Beziehungsebene einbinden.

Im Verlauf der Zeit konnte eine Verschiebung der Politikstile beobachtet werden. Standen etwa im Jahr 2011 als Lösung der Teilnehmenden die Sparpolitik und das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Mittelpunkt, verschoben sich die Argumente in der jüngsten Zeit zugunsten einer investiven Politik. Die schwierige wirtschaftliche Lage Griechenlands wird dabei oftmals als Bezugspunkt gesehen. Auch das Planspiel Demokratielabor, in dem über die Erhöhung und Senkung von Sozialleistungen und eine richtige Bildungspolitik gestritten wird, ändert oftmals die Ansichten der Jugendlichen. Herrscht zu Beginn überwiegend das Bild der sozialen Hängematte vor, ändern sich die Ansichten im Verlaufe der Diskussion und die Rücksichtnahme auf Kranke und Schwache gewinnt an Bedeutung. Gleiches gilt für die Bildung. „Gleiche Bildungschancen für alle“ ist eine sehr präasente Aussage in den jeweiligen Wahlkämpfen.

Beispiele aus der Praxis der Erwachsenenbildung

Angebote in der Erwachsenenbildung bieten andere Möglichkeiten der Annäherung an politische Fragen. Gerade im Seminarformat nach den Freistellungsgesetzen der Bundesländer – in der FES für Nordrhein-Westfalen von der Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung organisiert – begreift die FES das Verhältnis von Armut und Reichtum in der Demokratie als Querschnitt in zahlreichen Angeboten. Es findet Berücksichtigung in Seminaren zur EU-Finanz- und Schuldenkrise oder zum nachhaltigen Konsum. Fragen der strategischen Gegenbewegung zur weiteren Konzentration des Reichtums wurden in Gruppenarbeiten und nachgespielten Talkshows im Seminar zur Lage der Gewerkschaften behandelt. Das Seminar „Wie wollen wir in Zukunft wirtschaften?“ zeigt alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe zur kapitalistischen Wirtschaftslogik auf und diskutiert diese kritisch. Zudem spielt die Vermögensverteilung auch in Seminarangeboten zur Entwicklung und zukünftigen Ausgestaltung der Globalisierung eine zentrale Rolle.

Die Ausgestaltung der Seminarthemen und der Formate tragen dem Umstand Rechnung, dass in einer Welt stark miteinander verwobener Volkswirtschaften die Vermögensverteilung nicht allein vom Nationalstaat beeinflusst und korrigiert werden kann. Dennoch widmet sich das Seminar „Die gespaltene Gesellschaft: Armut und Reichtum in der Bundesrepublik“ dezidiert den hiesigen Verhältnissen, wenn auch in einer vergleichenden Perspektive zu an-

deren Staaten. Das seit Jahren stark nachgefragte Seminar nähert sich in Arbeitsgruppen zunächst den Definitionen von Armut und Reichtum, in die die Teilnehmenden auch ihre subjektiven Empfindungen einfließen lassen und diskutiert im Anschluss die gängigen Grenzwerte der Einkommensarmut. Auf der Seite des Reichtums wird der Unterschied zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum gezogen, der jeweils unterschiedliche Voraussetzungen für den politischen Umgang mit sich bringt. Ein Besuch bei einer regionalen Tafel und Referate zur Einführung und Umsetzung des Mindestlohns tragen zur Diskussion über Folgen und Bekämpfungen der Ungleichheit bei. Zahlreiche Seminarteilnehmende kennen in ihrem eigenen Umfeld Betroffene von nicht selbst verschuldeter Arbeitslosigkeit. Sie identifizieren sich mit den Abstiegsängsten der Mittelschicht und kritisieren zugleich die Abschottungstendenzen der oberen Mittelschicht, etwa durch Privatschulen, Privatkitas und dergleichen.



Foto: Forum Jugend und Politik, Politische Akademie, Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Fragen von Armut und Reichtum lassen sich demnach nicht auf die Vermögensverteilung reduzieren und betreffen nicht allein die Unterschicht. Die Seminare der FES verdeutlichen, dass es weit darüber hinaus um Zugangschancen und Teilhabe in den Bereichen geht, die in staatlicher Obhut liegen und nicht in Geldbeträgen ausgedrückt werden können.

Der Umgang mit der Frage von Armut und Reichtum

Die Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens und der Zukunftschancen ist eine immanent politische Angelegenheit und von grundlegender Bedeutung für die demokratische Kultur und die Perspektiven der Demokratie an sich. In einer repräsentativen Umfrage der FES in 2015 stimmten 82 % aller Befragten der Aussage zu, dass die →

soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu groß sei. Diese Zustimmung bleibt auch unter Anhängern der Unionsparteien und bei Angehörigen der oberen Mittelschicht auf einem Niveau von über 70%. Die Lösung zur Behebung der Ungleichheit sehen die Befragten jedoch weniger im Sozialstaat sondern in der Umverteilung durch Steuern, etwa auf Vermögen oder auf Erbschaften (vgl. Mau/Heuer 2016). Die breite Ablehnung der Ungleichheit in der Bevölkerung bietet also zahlreiche Anschlussmöglichkeiten für die Vermittlung des Themas in der politischen Bildung. Mit dem Kongress „MEHR GLEICHHEIT“ trägt die FES die Frage der sozialen Ungleichheit im November dieses Jahres weiter in die akademische Debatte der Wirtschafts- und Politikwissenschaften.

Die eingangs skizzierten Folgen der sozialen Deprivation durch Armut erfordern eine partielle Neuausrichtung der politischen Bildung, die auch von den Trägern der politischen Bildung selbst eingeleitet werden muss. Die FES intensiviert ihre Angebote für bislang wenig erreichte Zielgruppen. So erläutern zwei bereits erschienene Bände der Reihe „Soziale Demokratie – Kurz und Klar“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2015/2016) die Grundlagen der Ziele der Sozialen Demokratie und einer sozialen Wirtschaft in einfacher Sprache. Spezielle Angebote für Auszubildende ermöglichen es diesen ab dem kommenden Jahr, ihren

Die Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens und der Zukunftschancen ist eine immanent politische Angelegenheit und von grundlegender Bedeutung für die demokratische Kultur und die Perspektiven der Demokratie an sich.

Anspruch auf Freistellung zur politischen Weiterbildung einzulösen. Diese Gedanken müssen weiter ausgebaut werden, will man sich nicht mit der gesellschaftlichen und politischen Teilnahmslosigkeit breiter Bevölkerungsschichten abfinden. Es geht um die Darstellung von Strukturen hinter der Armutsfrage und dem Entgegenwirken von einfachen Feindbildern. Die mündige Bürgerin und den mündigen Bürger in der demokratischen Gesellschaft mit politischen und persönlichen Kompetenzen zu versehen und

sie und ihn sprechfähig zu machen, bleibt das Ziel der politischen Bildung der FES.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zur Autorin / zum Autor



Rebecca Demars ist Diplom-Regional- und Politikwissenschaftlerin. Seit 2011 arbeitet sie im Bereich der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet dort seit 2012 die Akademie für Arbeitnehmer-Weiterbildung.

Rebecca.Demars@fes.de



Christian Testorf ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Seit 2015 arbeitet er in der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete er im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter anderem in einem Projekt zur Erhebung und medialen Darstellung von Zeitzeugeninterviews.

Christian.Testorf@fes.de

Literatur

- Albrecht, Joachim / Fink, Philipp / Tiemann, Heinrich (2016):** Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015. Bonn: FES
- Datenreport (2016):** Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: bpb
- Fratzcher, Marcel (2016):** Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München: Hanser
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011):** Lernen für soziale Demokratie. Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: FES
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2015):** Einstieg in die soziale Demokratie. Werte, die verbinden (Soziale Demokratie – Kurz und Klar 1). Bonn: FES
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2016):** Soziale Wirtschaft. Wachstum, sozialer Ausgleich, Nachhaltigkeit (Soziale Demokratie – Kurz und Klar 2). Bonn: FES
- Mau, Steffen / Heuer, Jan-Ocko (2016):** Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Bonn: FES
- Merkel, Wolfgang (2016):** Ungleichheit als Krankheit der Demokratie. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 6/2016, S. 14–19
- Negt, Oskar (2016):** Versuch einer Ortsbestimmung der politischen Bildung. In: Hufer, Klaus-Peter / Lange, Dirk (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 10–20